Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Bund der verbandlichen Wasserwirtschaft e. V.

Aktuell seit 19.11.2026 15:30:04

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003565
Ersteintrag:	17.03.2022
Letzte Änderung:	19.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	12.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: DBVW e.V. Mittelstraße 23 14467 Potsdam Deutschland Telefonnummer: +49511879660 E-Mail-Adressen: g.hennies@dbvw.de post@dbvw.de t.pencereci@dbvw.de Webseiten: www.dbvw.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Franz-Xaver Kunert**
   Funktion: Präsident
2. **Schult Ronny**
   Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Dörte Burg**
2. **Godehard Hennies**

Gesamtzahl der Mitglieder:
11 Mitglieder am 06.10.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):
1. Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.v. (Sitz Berlin)
2. European Union of Watermanagement Associations (EUWMA)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):
Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Cybersicherheit; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Stellungnahmen und Vorschläge zu und für Gesetzesvorhaben
Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften des Bundes und der europäischen Union
Teilnahme an Meinungsbildungsprozessen (z. B. nationale Wasserstrategie, Moorschutzstrategie, Abwasserentsorgung)
Öffentlichkeitsarbeit für die verbandliche Wasserwirtschaft

Konkrete Regelungsvorhaben (27)

1. **Bundestagswahl-Vorrang öffentliche Wasserversorgung**

   Beschreibung:
   Bundestagswahl-Koalitionsvertrag -Forderungen des DBVW zur Bundestags-Wahl
   Wasserwirtschaft muss integrativ gedacht werden; hierfür sollte die Kompetenz der Branche genutzt werden
   Für die Herausforderungen der Wasserwirtschaft muss eine Finanzstrategie geschaffen werden
   Der Vorrang der Daseinsvorsorge muss konsequent umgesetzt werden
   Die Wasserressource darf nicht gefährdet werden
   Die erweiterte Herstellerverantwortung und das Verursacherprinzip müssen jetzt umgesetzt werden
   Personal-, Energieressourcen und Lieferketten müssen sichergestellt werden
   Eine Regulierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft lehnen wir ab
   Das Ehrenamt muss gestärkt werden

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2505260009** (PDF - 8 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 07.02.2025 an:

      Bundestag
      Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Grenze für Betroffenheit von Unternehmen bedenken/NIS2 & Kritis-DachG künftig parallel bearbeiten**

   Beschreibung:
   Der DBVW bittet in seiner Stellungnahme, insbesondere die Grenze für die Betroffenheit von Unternehmen zu überdenken. Des Weiteren sollten das NIS 2-Umsetzungsgesetz und das Kritis-DachG künftig parallel behandelt werden und insbesondere auch gleichzeitig in den Bundestag eingebracht werden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Bürokratieabbau als eines der Kernziele der neuen Bundesregierung auch bei der Umsetzung des NIS2-Umsetzungsgesetzes mit Nachdruck verfolgt werden.

   Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung
   Datum des Referentenentwurfs: 03.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2509010020** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. **SG2509010021** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

3. **CCS sowohl in allen Wasserschutzgebietszonen als auch für Trinkwassergewinnungsgebieten ohne Schutzgebiet keine Option sein darf**

   Beschreibung:
   Der DBVW weist in seiner Stellungnahme auf die herausragende Bedeutung der öffentlichen Wasserversorgung hin, die ebenfalls mit einem überragenden öffentlichen Interesse ausgestattet werden muss. Aus Sicht des DBVW ist es von entscheidender Bedeutung, dass CCS sowohl in allen Wasserschutzgebietszonen als auch für Trinkwassergewinnungsgebieten ohne Schutzgebiet keine Option sein darf. Gegen die beabsichtigte Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Mit Blick auf den Schutz der Wasserressourcen ist die Beschleunigung bei Kohlendioxidleitungen und -speichern aber nicht geboten.

   Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
   Datum des Referentenentwurfs: 28.05.2025
   Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

4. **Stoffstrombilanzverordnung (StoffBilV/Streichung erst erfolgen sollte, wenn ein geeignetes Ersatzinstrument gefunden ist**

   Beschreibung:

Die Stoffstrombilanzverordnung (StoffBilV), die den betrieblichen Umgang mit Nährstoffen sowie die Erstellung von Stoffstrombilanzen regelt, zielt darauf ab, in der landwirtschaftlichen Produktion einen nachhaltigen und ressourcenschonen-den Einsatz von Nährstoffen zu fördern. Darüber hinaus soll sie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Nährstoffströme innerhalb der Betriebe verbessern.
Der DBVW weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Streichung erst erfolgen sollte, wenn ein geeignetes Ersatzinstrument gefunden ist.

Referentenentwurf:
Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 24.06.2025
Federführendes Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509010022** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

5. **öffentliche Wasserversorgung priorisieren & Nutzungskonkurrenzen frühzeitig vermeiden-Wasserversorgung überragende öffentliche Interesse**

Beschreibung:
Das Regelungsvorhaben betrifft die Festschreibung von Wasserstoff als überragendes öffentliches Interesse im § 4 WassBG.
Die Interessenvertretung zielt darauf ab, eine ausdrückliche und verbindliche Klarstellung in § 4 WassBG zu erreichen, dass die Belange der öffentlichen Wasserversorgung und des Wasserhaushalts von der wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung für Wasserstoffprojekte unberührt bleiben. Dies soll sicherstellen, dass die öffentliche Wasserversorgung priorisiert wird und Nutzungskonkurrenzen frühzeitig vermieden werden. Zudem sollte für die Wasserversorgung ebenfalls das überragende öffentliche Interesse festgeschrieben werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2506 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (Vorgang)

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509010025** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. **Der Entwurf bleibt zum Trinkwasserschutz zu vage.**

Beschreibung:
Wasserversorger müssen frühzeitig in Genehmigungsverfahren einbezogen werden. Die derzeitigen Beteiligungsregelungen sind aus unserer Sicht unzureichend.

Referentenentwurf:
Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 02.12.2024
Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509220009** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

7. **Berücksichtigung der Belange der verbandlichen Wasserwirtschaft bei der Umsetzung von physischen Resilienzmaßnahmen**

Beschreibung:

Der Entwurf des KRITIS-Dachgesetzes normiert im Hinblick auf nicht-IT-bezogene Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Betreiber kritischer Anlagen erstmals einheitliche bundesgesetzliche sektorenübergreifende Mindestvorgaben. Ziel der Interessenvertretung des DBVW ist es, die spezifischen Belange der verbandlichen Wasserwirtschaft bei der Festlegung und Umsetzung einheitlicher Mindestverpflichtungen für Betreiber kritischer Anlagen zu berücksichtigen. Der DBVW strebt an, dass die gesetzlichen Vorgaben praxisnah ausgestaltet werden und die Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft auf Gesetzes- und Verwaltungsebene angemessen berücksichtigt werden, ins. hinsichtlich Dokumentationspflichten, Ressourcenbedarf, Refinanzierung sowie bei d. Festlegung branchenspezifischer Standards.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Interessenbereiche:
Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510020001** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

8. **Vereinfachung Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)-Erhalt Ackerstatus**

Beschreibung:
Konkrete Regelungsvorhaben: Vereinfachung der GAP; Möglichkeit der Stichtagsregelung zum Ackerstatus, Betroffene Interessenbereiche: Bracheflächen sind im Interesse des vorsorgenden Trinkwasserschutzes, Beschreibung der Stellungnahme: Bitte an das BMEL, die Möglichkeit der Stichtagsregelung hinsichtlich Erhalt des Ackerstatus, die die EU schafft, umzusetzen.

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512170079** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

9. **Veröffentlichung Tabelle zur Dokumentation des Risikomanagements gemäß Abschnitt 7 TrinkwV**

   Beschreibung:
   Konkrete Regelungsvorhaben: Umsetzung §§ 34/35 TrinkwV, Betroffene Interessenbereiche: Es ist im Interesse der Wasserversorgung, eine praxisnahe Umsetzung zu erzielen, Beschreibung der Stellungnahme: die veröffentlichte Arbeitshilfe zur Umsetzung §§ 34/35 TrinkwV ist kaum praktikabel und sollte in eine praxisgerechte Umsetzungshilfe überführt werden.

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2512170080** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 13.11.2025 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. **Änderung des Strafrechts-Umsetzung der EU-Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt**

    Beschreibung:
    1:1 Umsetzung der EU-Richtlinie, keine Erweiterung oder Verschärfung der EU-Richtlinie, kein weiterer Bürokratieaufbau, da Verbände im operativen Geschäft direkt betroffen sind

    Referentenentwurf:
    Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechts - Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (Vorgang) [alle RV hierzu]
    Datum der Veröffentlichung: 17.10.2025
    Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512170086** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

11. **Infrastruktur-Zukunftsgesetz darf den öffentlich-rechtlichen Wasserversorgungsauftrag nicht widersprechen.**

Beschreibung:
Betroffene Interessenbereiche: Grundwasserressource; überragendes öffentliches Interesse; Küstenschutz.
Beschreibung der Stellungnahme: die Steigerung der Effizienz von Planungs- und Genehmigungsverfahren kann zu Lasten des vorsorgenden Grundwasserschutzes gehen; dies wird vom DBVW abgelehnt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Infrastruktur-Zukunftsgesetz des Bundesministeriums für Verkehr (BMV)
Datum des Referentenentwurfs: 12.12.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512180116** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.12.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

12. **Empfehlungsvorschlag Biodiversitätsförderung innerh. d. AG Risikoreduzierung Umwelt d. Forums NAP d. BMLEHs**

Beschreibung:
Im Rahme der NAP-AG „Risikoreduzierung Umwelt“ des Forums NAP wurde in einer UAG ein Empfehlungsvorschlag zur Biodiversitätsförderung in der Agrarlandschaft erstellt. Alle Vertreter der NAP-AG wurden zur Stellungnahme aufgefordert. Aus Sicht des vorsorgenden

(Grund-)Wasserschutzes kann der Deutsche Bund der verbandlichen Wasserwirtschaft (DBVW) dem Empfehlungsentwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512180126** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.12.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

13. **bestehende KlärschlammVO-Umsetzung der P-Recycling-Verpflichtung**

Beschreibung:
Die bestehende Frist sollte im angemessenen Rahmen verlängert werden, da derzeit noch keine Technik flächendeckend zur Verfügung steht. Die bestehende Möglichkeit der Zwischenlagerung von Klärschlammaschen würde hohen Flächenbedarf und viel Bürokratie erfordern.

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602090003** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

14. **Entwurf DüG-Grundwasserschutz**

Beschreibung:
es wird ein effizientes Wirkungsmonitoring gefordert, um die Trinkwasserressource zu schützen

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6135 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes
Zuständiges Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMLEH): Zweites Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes (Vorgang)

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602090005** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

15. **gegen die aktuelle Verschlechterung des Niveaus der Pflanzenschutzmittelzulassung**

Beschreibung:
der DBVW wendet sich gegen die Einschränkung bzw. der Verschlechterung des europäischen Pflanzenschutzzulassungssystems (Verringerung des Standes der Technik)

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Information zu Omnibus X
Datum des Referentenentwurfs: 03.02.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605070019** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.02.2026 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

16. **gegen die Neuausrichtung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland**

Beschreibung:
Status des Umweltbundesamtes im Pflanzenschutzmittelzulassungsverfahren

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605070024** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.04.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

17. **Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes (Bw-IBG)**

Beschreibung:
Die Wasserschutzgebiete in Deutschland sind durch den o. g. Referentenentwurf dahingehend betroffen, dass der Schutzzweck, hier Grundwasserschutz durch die Beschleunigung geschmälert werden könnte. Die Interessenswahrnehmung bezieht sich auf die Berücksichtigung der Wasserschutzgebiete. (öffentliche Wasserversorgung z. B. in Niedersachen zu 85 % aus Grundwasser)

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz (Bw - IBG)
Datum des Referentenentwurfs: 10.06.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606250086** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

18. **BMLEH-Bürokratieabbau-Durch diverse Regelungsänderungen soll Bürokratie abgebaut und Unternehmen entlastet werden**

Beschreibung:
Der DBVW begrüßt grundsätzlich Ansätze zum Bürokratieabbau, weist jedoch darauf hin, dass einzelne Änderungen, u.a. bei Nachweis-und Berichtspflichten, fachlich sorgfältig ausgestaltet werden müssen, um bestehende Standards im Umwelt- und Gewässerschutz nicht zu beeinträchtigen. Insbesondere fordert der DBVW, die Frist zum Sachkundenachweis im Pflanzenschutz nicht auf 6 Jahre zu verlängern, sondern bei 3 Jahren zu belassen.

Referentenentwurf:
Gesetz für Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat sowie weiterer Bereiche (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 12.06.2026
Federführendes Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607020009** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

19. **Durch die KritisVO werden Regelungen für die Unternehmen der kritischen Infrastruktur festgelegt**

Beschreibung:
Der DBVW begrüßt grundsätzlich die Zielsetzung der Kritisverordnung zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen, fordert jedoch eine praxistaugliche, verhältnismäßige Ausgestaltung, die die besonderen Strukturen und systemrelevante Bedeutung der Wasserwirtschaft angemessen berücksichtigt und unverhältnismäßige zusätzliche Belastungen vermeidet.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf der RVO zur Bestimmung kritischer Anlagen (Kritisverordnung)
Datum des Referentenentwurfs: 26.05.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607020014** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

20. **Berücksichtigung der Belange der verbandlichen Wasserwirtschaft bei der Planung und Umsetzung von Wiederherstellungsmaßnahmen.**

Beschreibung:
Betrifft den ersten Entwurf des BMUKN eines Nationalen Wiederherstellungsplans zur Umsetzung d. EU-Verordnung zur W-VO. Gemäß der W-VO ist jeder EU-Mitgliedstaat aufgefordert, bis Sept.2026 einen sog. NWP bei d. EU einzureichen. In diesem Plan muss dargelegt werden, wie die Ziele der W-VO national erreicht werden sollen. Ziel der Interessenvertretung des DBVW ist es, spezifischen Belange u. Expertise d. verbandlichen Wasserwirtschaft bei der Festlegung und Umsetzung von nat. Wiederherstellungsmaßnahmen zu berücksichtigen. DBVW strebt an, dass d. Maßnahmen praxisnah u. tragfähig ausgestaltet werden, insb. in Hinblick auf Flächenverfügbarkeiten und finanzielle Ausstattungen), und die Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft angemessene Berücksichtigung finden.

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607020016** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

21. **Naturschutzr. Eingriffsregelung praxistauglich umsetzen; Gleichstellung der öffentl. Wasserversorgung bei überragendem öffentl. Interesse**

Beschreibung:
Der DBVW begrüßt weitgehend die beabsichtigten Änderungen im Naturschutzrecht, vor allem die Ausdehnung der Flächensuchkulisse sowie die Erleichterung der Nutzung von

Ersatzgeld bei Hochwasserschutzprojekten. Negativ gesehen wird aber, dass die natürliche Infrastruktur mit überragendem öffentlichen Interesse ausgestattet wird, ohne dass die überragend bedeutsame öffentliche Wasserversorgung dem formal gleichgestellt wird, was zu späteren Konflikten führen kann.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609020030** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

22. **Die Weiterentwicklung des ANK wird begrüßt, jedoch die Berücksichtigung technischer Wasserregulierungsmaßnahmen angeregt.**

Beschreibung:
Der WVT begrüßt die Weiterentwicklung des ANK, das Bekenntnis zur Freiwilligkeit der Maßnahmen sowie die grundsätzliche Förderstruktur und die beschriebenen Förderprojekte, vor allem die Aufnahme des wichtigen Landschaftswasserhaushalts und die Betonung der Wichtigkeit natürlicher Gewässerstrukturen. Bedenken werden bei diesem Themenbereich aber hinsichtlich einer alleinigen Fokussierung auf natürliche Gewässerstrukturen zwecks Stärkung des Wasserrückhalts in der Fläche geäußert, da die stark volatilen und durch den Klimawandel verstärkten wasserwirtschaftlichen Gegebenheiten (z.B. Dürren, Starkregen) oft auch steuerbare und damit technische Wasserregulierung (für Abfluss und Rückhalt) erfordern können.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Die Weiterentwicklung des ANK wird begrüßt; zugleich wird die Berücksichtigung technischer Wasserregulierungsmaßnahmen angeregt.
Datum des Referentenentwurfs: 06.08.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609020029** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

23. **Forderung nach Erleichterungen bei Hochwasserschutz und Grundwasserentnahmen; Gewässerrenaturierungen weitgehend UVP-frei.**

Beschreibung:
Der WVT regt an, im UVGP auch bisher nicht bei der Beschleunigung berücksichtigte Projekte des Hochwasserschutzes sowie Grundwasserentnahmen, vor allem für die Wasserversorgung, durch Herausnahme aus der UVP-Pflicht oder Anhebung von Schwellenwerten zu vereinfachen und damit zu beschleunigen. Gleichfalls spricht er sich dafür aus, die typischen Gewässerentwicklungsprojekte zur Erreichung der Ziele der EG-WRRL bzw. der §§ 27 bis 31 WHG soweit wie möglich von UVP-Pflichten freizustellen, weil negative Umweltauswirkungen hierbei regelmäßig unbedeutend oder nicht vorhanden sind.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung an unionsrechtliche Vorgaben und zur Reform der Umweltverträglichkeitsprüfung bei dem Umwelt- und Klimaschutz dienenden Änderungsvorhaben (UVP-Anpassungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 27.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609020028** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

24. **Regelungsänderungen sollen Vollzug der Ersatzbaustoffverordnung vereinfachen, Bürokratie abbauen und bestehende Unklarheiten beseitigen**

Beschreibung:
Der DBVW begrüßt grundsätzlich das Anliegen des Verordnungsgebers, den Vollzug der Ersatzbaustoffverordnung zu vereinfachen, bürokratischen Aufwand zu reduzieren und bestehende Unklarheiten zu beseitigen. Aus Sicht der Wasserwirtschaft darf eine Vereinfachung jedoch nicht zu einer Schwächung des Grundwasser- und Trinkwasserschutzes führen. Die öffentliche Wasserversorgung ist auf einen vorsorgenden und langfristig wirksamen Schutz der Grundwasserressourcen angewiesen. Vor diesem Hintergrund sieht der DBVW bei einzelnen Regelungen des Entwurfs Nachbesserungsbedarf.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf einer Verordnung zur Novelle der Ersatzbaustoffverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 15.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609020027** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

25. **Berücksichtigung der Belange der verbandlichen Wasserwirtschaft bei der Erarbeitung des NWP**

Beschreibung:
Das Regelungsvorhaben betrifft den ersten Entwurf zum Nationalen Wiederherstellungsplan (NWP) aus April 2026. Zielsetzung des NWP ist die Präzisierung, auf welche Weise die Ziele der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur national erreicht werden sollen.
Ziel der Interessenvertretung des DBVW ist es, im Rahmen der Ausgestaltung des NWP auf eine praxistaugliche, ausreichend konkretisierte und finanziell abgesicherte Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung hinzuwirken. Dabei sollen insbesondere die Belange der verbandlichen Wasserwirtschaft, die langfristige Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Maßnahmen, die Verfügbarkeit erforderlicher Flächen sowie die Umsetzbarkeit der vorgesehenen Maßnahmen angemessen berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610060028** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

26. **Umweltschutz-Modernisierungsgesetz und der Umweltschutz-Modernisierungsverordnung**

Beschreibung:
Mit dem Gesetzentwurf sollen zahlreiche umweltrechtliche Verfahren beschleunigt und digitalisiert werden. Ziel der Interessenvertretung des DBVW ist es, dass notwendige Verfahrensvereinfachungen nicht zu Lasten einer sorgfältigen wasserfachlichen Prüfung gehen und die Belange der öffentlichen Wasserwirtschaft weiterhin angemessen berücksichtigt werden.

Referentenentwurf:
Verordnung zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 03.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610060026** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

27. **BMLEH-Bürokratierückbauverordnung: Regelungen zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Dokumentation von Tierarzneimitteln**

Beschreibung:
Der DBVW unterstützt den Abbau unnötiger Bürokratie, lehnt aber eine Schwächung des vorsorgenden Gewässerschutzes ab. Bei Pflanzenschutzmitteln mit Luftfahrzeugen fordert er eine regelmäßige Aktualisierung der Anwendungsdaten und Information der

Wasserversorger in Trinkwassergewinnungsgebieten. Bei Tierarzneimitteln müssen Nachweise erhalten bleiben, die eine Nachverfolgung gewässerrelevanter Einträge und möglicher Belastungsursachen ermöglichen.

Referentenentwurf:
Verordnung zum Bürokratierückbau im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat und zur Neuregelung der tiergesundheitsrechtlichen Registrierung und Rückverfolgbarkeit (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 20.10.2026
Federführendes Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wasserwirtschaft, sowohl Siedlungswasserwirtschaft als auch Gewässermanagement, Beregnung u.ä.

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190025** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.11.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
50.001 bis 60.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Wasserverbandstag e.V./Am Mittelfelde 169/30519 Hannover

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresrechnung-2024-Lobbyregister.pdf